

„Klimawandel“ – Eine Route durch das World Wide Web

Sebastian Chr. Fückel



Sebastian Chr.
Fückel

1. Einleitung

Auch wenn die Durchschnittstemperatur Deutschlands 2010 ($7,9^{\circ}\text{C}$) unter dem langjährigen Mittel ($8,2^{\circ}\text{C}$) lag, haben Meldungen über Hitzerekorde, das Schmelzen der Gletscher, Sturmfluten und Überschwemmungen der vergangenen Jahre das Bewusstsein der Bevölkerung geprägt. Der Klimawandel ist zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden. Die mögliche Zunahme extremer Wetterereignisse als Folge des Klimawandels ist dabei nur ein kleiner Ausschnitt des Gegenstandsfeldes.

Zwar gilt die Existenz des Klimawandels in der Wissenschaft im Prinzip als unumstritten. In welchem Ausmaß er sich vollzieht, inwieweit er auf natürlichen Ursachen beruht und welchen Anteil der Mensch daran trägt, ist hingegen weit weniger klar. Wie wichtig exakte und gesicherte Befunde für die Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen in der internationalen Klimapolitik sind, zeigte beispielsweise der 4. Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Obwohl Unstimmigkeiten und Zweifel an dessen Kernaussagen heute weitestgehend ausgeräumt sind, gelang es den Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) auch auf der UN-Klimakonferenz in Cancún 2010 nicht, ein schon für die Konferenz von Kopenhagen geplantes Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zur verbindlichen Senkung von schädlichen Treibhausgasemissionen zu verabschieden.

Das World Wide Web hält für zahlreiche Aspekte rund um den Klimawandel eine schwer überschaubare Fülle teils mehr, teils weniger nützlicher Informationen bereit. Ziel dieses Beitrags ist es, dem Leser eine Route durch das Netz entlang einer beispielhaften Fragestellung anzubieten, von der er je nach Bedarf aber auch abweichen und eigenen Interessenschwerpunkten nachgehen kann. Zu diesem Zweck finden sich im Textverlauf Hinweise auf Websites, die nach Auffassung des Autors jeweils besonders informativ für einen bestimmten Aspekt des Klimawandels sind. Oftmals decken jene Seiten eine große Themenbreite ab und enthalten leicht auffindbar weiterführende Verlinkungen. Daher kann je nach persönlichem Geschmack auch auf Alternativen ausgewichen werden.

Ausgangspunkt der Route ist die Frage danach, welche wissenschaftlichen Befunde zum Prozess des Klimawandels vorliegen und wie die Vertragsstaaten der UNFCCC im Rahmen der internationalen Klimakonferenzen darauf reagieren. Ziel der Route ist es, die nötigen Informationen für eine Antwort bereitzustellen. Dazu sind drei Etappen vorgesehen: Kapitel 2 behandelt zuerst wissenschaftliche Befunde zu Ursachen und Folgen des Klimawandels. Abschnitt 3 setzt sich daraufhin mit der internationalen Klimapolitik und der Debatte um Klimagerechtigkeit auseinander. Im Schlussabschnitt finden sich schließlich Überlegungen zu Konsequenzen des Klimawandels für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die als Ausgangspunkt für weitere Auseinandersetzungen mit der Thematik dienen können.

Tabelle 1: Einführung in die Thematik im World Wide Web

<p>„Aktuelle Ereignisse“: ZDF Themenportal und Mediathek</p> <p>http://klimagipfel.zdf.de/ http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/interaktiv/222172/Folgen-des-Klimawandels#/beitrag/interaktiv/222172/Folgen-des-Klimawandels</p> <ul style="list-style-type: none"> – allgemeine Nachrichten, Interviews, Dokumentationen zum Klimawandel – interaktive Präsentation der zentralen Ursachen, Fakten und Folgen
<p>„Kurzüberblick“: Bundeszentrale für politische Bildung</p> <p>http://www.bpb.de/themen/3U108W,0,0,Klimawandel.html</p> <ul style="list-style-type: none"> – einführende Kurzartikel (Klimasystem, Klimapolitik, Emissionshandel) – Zeitschriften (APuZ, Politische Bildung, Unterrichtsmaterialien)
<p>Alternativen</p> <ul style="list-style-type: none"> – http://www.ard.de/natur-kosmos/klimawandel/-d=1253162/xr2l43/index.html.html – http://www.germanwatch.org/ – http://lbs.hh.schule.de/index.phtml?site=themen.klima

Als Einstieg empfiehlt es sich, die Mediatheken/Themenportale von ARD/ZDF aufzusuchen, um dort einerseits tagesaktuelle Berichte zu verfolgen, andererseits eine sehr grundlegende, dafür aber anschaulich aufbereitete Einsicht in die Problematik zu erhalten. Fortgeschrittene sollten zur Einführung gleich zum Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung übergehen und sich durch die jeweiligen Reiter klicken. Auch ein Blick auf die dort frei zugänglichen Publikationen APuZ (32-33/2010) und „Informationen zur politischen Bildung“ (Heft 287) sind äußerst nützlich.

2. Klimawandel kompakt: Ursachen, Zahlen und Folgen

Mit dem Ziel, eine politisch unabhängige und wissenschaftlich objektive Informationsquelle zum Prozess des Klimawandels zu etablieren, haben 1988 die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und das Umweltprogramm der Ver-

einten Nationen (UNEP) den IPCC gegründet. Ein Besuch auf dessen Homepage lohnt, weil sich dort die mittlerweile vier Sachstandsberichte abrufen lassen. Sie bilden den aktuellen Forschungsstand zum Klimawandel ab und stellen heute wichtige Grundlagen für Regierungsentscheidungen dar. Außerdem steht dort ein Glossar bereit. Dem vierten Sachstandsbericht des IPCC, aber auch den Webseiten der WMO und des UNEP, ist unter anderem Folgendes zu entnehmen.

„Klima“ beschreibt das Wetter in Form von relevanten Durchschnittswerten (Temperatur, Niederschlag, Wind) und deren Variabilität über einen Zeitraum von drei oder mehr Dekaden. Klimaveränderungen werden in der Wissenschaft auf interne Prozesse innerhalb des Klimasystems, auf externe natürliche und auf externe anthropogene Einflüsse zurück geführt. Der Alltagssprachgebrauch vom „Klimawandel“ orientiert sich dagegen eher an der Definition der UNFCCC. Sie versteht darunter lediglich die durch unmittelbare oder mittelbare menschliche Tätigkeiten verursachten Klimaänderungen, welche die Zusammensetzung der Erdatmosphäre verändern und zu den natürlichen Klimaschwankungen hinzukommen.

Um geeignete Maßnahmen zur Anpassung an nicht mehr abwendbare Auswirkungen des Klimawandels (Adaption), vor allem aber (politisch initiierte) Maßnahmen zur Abmilderung noch abwendbarer Folgen (Mitigation) treffen zu können, sind wissenschaftlich gesicherte Befunde von höchster Bedeutung. Die Erkenntnis, dass Klimaänderungen sehr wahrscheinlich vorrangig auf menschengemachte Einflüsse zurückzuführen sind, zählt dabei zu den wichtigsten Einsichten. Denn seit Beginn der Industrialisierung steigt die atmosphärische Konzentration von Treibhausgasen (Kohlendioxid, Methan, Lachgas, ...) um ein zuvor nie beobachtetes Ausmaß an. So bewegte sich die atmosphärische CO₂-Konzentration der letzten 650 000 Jahre (!) bis zur Industrialisierung in einer Bandbreite von 180 bis 300 ppm (parts per million). Seither stieg die Teilchendichte von 280 auf 379 ppm an. Der Verbrauch fossiler Brennstoffe, Landnutzungsänderungen und die Entwicklung der Landwirtschaft tragen demnach sehr wahrscheinlich zu einem drastischen Anstieg der atmosphärischen Treibhausgaskonzentration bei.

Eine Folge davon ist der bekannte Treibhauseffekt. Die veränderte Zusammensetzung der Atmosphäre verhindert die Reflektion der Sonneneinstrahlung in den Weltraum, wodurch sich die globale Oberflächentemperatur erhöht. Messen lässt sich diese Erwärmung etwa in der Maßeinheit des „Strahlungsantriebs“, der seit der vorindustriellen Zeit + 2,30 Watt pro m² beträgt. Während davon auf den natürlichen Wandel der Sonnenstrahlung nur + 0,12 Watt pro m² entfallen, beträgt der totale anthropogene Anteil + 1,60 Watt pro m². Insgesamt hat sich die Erdoberfläche dadurch zwischen 1906 und 2005 um 0,74°C erwärmt.

Tabelle 2: Klimawandel in der Wissenschaft

<p>„Forschungsstand“: <i>Intergovernmental Panel on Climate Change</i></p> <p>http://www.ipcc.ch/</p> <ul style="list-style-type: none"> – Glossar – Sachstandsberichte <p>„Fakten und Zahlen zum Klima“: <i>World Meteorological Organization</i></p> <p>http://www.wmo.int/pages/themes/climate/index_en.php</p> <ul style="list-style-type: none"> – Paläoklimatologie, Monitoring, Prognosen – Graphiken und Tabellen <p>„Klimaforschung/Fachzeitschrift“: <i>Climatic Change</i></p> <p>http://www.springer.com/earth+sciences+and+geography/meteorology+%26+climatology/journal/10584</p> <ul style="list-style-type: none"> – Befunde zu Ursachen, Entwicklungen und Folgen – Case studies <p>Alternativen</p> <ul style="list-style-type: none"> – http://www.unep.org/climatechange/ – http://www.un.org/wcm/content/site/climatechange/gateway – http://www.wupperinst.org/ – http://cait.wri.org/ – http://ijc.cgpublisher.com/ – http://onlinelibrary.wiley.com/journal/10.1002/(ISSN)1097-0088
--

Auf der Website der WMO lässt sich weiter ermitteln, dass dieser Temperaturanstieg zu rund 80% von den Ozeanen absorbiert wurde. Die Gletscherschmelze, sowie die Verminderung der grönländischen und antarktischen Eisschilde haben sehr wahrscheinlich zu einem Anstieg des Meeresspiegels um 17 cm im vergangenen Jahrhundert beigetragen. Weitere meteorologische Folgeerscheinungen, die regional allerdings sehr unterschiedlich ausfallen können, sind sehr wahrscheinlich (> 90%) häufigere Starkniederschläge und wahrscheinlich (> 66%) eine erhöhte Aktivität starker tropischer Stürme und Überschwemmungen. Aber auch häufigere Hitze- und Dürreperioden werden wahrscheinlicher (> 66%).

Da sich die Auswirkungen der erhöhten atmosphärischen Treibhausgasemissionen nur sehr langsam und mit einiger Verzögerung bemerkbar machen, muss selbst bei einer Konstanz der Treibhausgase auf dem Niveau des Jahres 2000 mit einem Temperaturanstieg von 0,1 bis 0,2°C in jedem weiteren Jahrzehnt gerechnet werden. Die besten Schätzungen für Szenarien zum Ausgang des gegenwärtigen Jahrhunderts prognostizieren dementsprechend im günstigsten (ungünstigsten) Fall einen weiteren durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg um 1,8°C (4,0°C) und einen Anstieg des Meeresspiegels um 28 cm (42 cm). Selbst bei Eintritt des günstigsten Szenarios bewegt sich die globale Durchschnittstemperatur dann am oberen Rand eines Temperaturintervalls (9,9 bis 16,6°C), das in den vergangenen 800 000 Jahren nie über einen längeren Zeitraum überschritten wurde.

Daher betrachten einige Klimatologen einen Temperaturanstieg um 2°C gegenüber der vorindustriellen Zeit als möglichen „tipping point“ für das Klimasystem. Ein tipping point bezeichnet in der Systemtheorie einen Zustand, der eine schlagartige, katastrophale Änderung des Systemverhaltens nach sich zieht. Demnach könnte der Klimawandel noch weitaus stärkere meteorologische Folgeerscheinungen nach sich ziehen, die ihrerseits mit erheblichen Konsequenzen für Flora und Fauna und insbesondere für den Menschen einhergehen. Weitere interessante Befunde zu Fakten, Ursachen und Folgen des Klimawandels von der Forschungsfront bietet z.B. die Fachzeitschrift „Climatic Change“ an, die (allerdings gebührenpflichtig) online abrufbar ist.

Die Berücksichtigung zusätzlicher wissenschaftlicher Quellen neben den IPCC-Berichten erscheint auch wegen der zuletzt aufgetretenen Kritik sinnvoll. So wurden vornehmlich von Wissenschaftlern aus den USA fehlerhafte Jahreszahlen über das Abschmelzen der Gletscher und vermeintlich vor dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen zurückgehaltene Daten durch den IPCC schon mit dem Begriff „Climategate“ gebrandmarkt. Auch wenn manche Kritikpunkte an der Arbeit des mit dem Friedensnobelpreis geehrten IPCC gerechtfertigt sind, besteht an den Kernaussagen kein Zweifel. Der Klimawandel findet statt und ist sehr wahrscheinlich anthropogen verursacht. Warum gelingt es dann aber nicht, Maßnahmen zur Mitigation zu ergreifen? Die Vehemenz der politisch motivierten Diskussion um „Climategate“ verweist auf eine mögliche wissenschaftliche Stellvertreterdebatte um diverse politische, ökonomische und gesellschaftliche Interessen. Die nächste Etappe der Informationsroute durch das World Wide Web zeigt daher Aspekte der internationalen Klimapolitik und der Debatte um die Klimagerechtigkeit auf.

3. Internationale Klimapolitik und Klimagerechtigkeit

Zentrales Forum der internationalen Klimapolitik sind die seit 1992 jährlich statt findenden UN- bzw. Weltklimakonferenzen. Um Übersicht über deren Abläufe, Protokolle und Beschlüsse zu gewinnen sowie um zahlreiche weitere Informationen rund um die internationalen Verhandlungen zu erhalten, sei die Website der UNFCCC empfohlen. Seit Verabschiedung der Klimarahmenkonvention, in der die teilnehmenden Staaten die Gefahren des Klimawandels für das Erdsystem anerkennen, versuchen die Vertragsparteien dort gemeinsam Maßnahmen zur Adaption und Mitigation zu ergreifen. Das bekannteste Ergebnis ist das Kyoto-Protokoll der Konferenz 1997. Darin verpflichten sich die Unterzeichner – völkerrechtlich verbindlich – ihre Treibhausgasemissionen für den Zeitraum zwischen 2008 und 2012 im Durchschnitt um 5,2% gegenüber 1990 zu senken. Nach dem Ausstieg der USA aus dem Kyoto-Programm gewannen die Verhandlungen erst mit Veröffentlichung des 4. Sachstandsberichts des IPCC auf der Konferenz von Bali 2007 neue Dynamik. Gemäß dem Bali-Aktionsplan sollte bis spätestens zur Konferenz von Kopenhagen 2009 ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll ausgehandelt werden. Bekanntlich gelang dies den Staaten weder damals, noch auf der Konferenz in Cancún 2010. Immerhin

verständigte man sich darauf, die Erderwärmung bis zum Ausgang des Jahrhunderts auf eine maximale Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um 2°C gegenüber dem Beginn der Industrialisierung (sogenanntes „Zwei-Grad-Ziel“) begrenzen zu wollen, allerdings ohne verbindliche Maßnahmen zu beschließen.

In den Verhandlungen zeichneten sich vier Interessengruppen ab, deren Positionen sich hinsichtlich der Verabschiedung eines Kyoto-Nachfolgeprogramms als vorläufig unvereinbar erwiesen. Neben dem Besuch der Seiten der UNFCCC informiert in vielen Fällen auch die Internetpräsenz der jeweiligen Umweltministerien wie die des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über die nationalen Standpunkte, Maßnahmen oder künftigen Projekte zum Klimaschutz.

Die erste Ländergruppe umfasst dabei vornehmlich kleinere Inselstaaten der Karibik und des Pazifiks. Diese Staaten haben durch ihre kleinen Volkswirtschaften den Klimawandel selbst kaum vorangetrieben und können auch keinen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie sind von dessen Folgen allerdings am weitaus stärksten betroffen. So sehen sich Staaten wie Tuvalu der Gefahr ausgesetzt, große Teile ihrer Landmassen durch den prognostizierten Meeresspiegelanstieg an den Ozean zu verlieren. Sie fordern daher das „Zwei-Grad-Ziel“ in ein „1,5°C Ziel“ umzuwandeln und appellieren insbesondere an die entwickelten Industrienationen, deren Treibhausgasemissionen drastisch zu senken.

In der zweiten Gruppe finden sich vor allem ökonomisch aufstrebende Entwicklungs- und Schwellenländer. Auch auf diese Staaten entfiel in der Vergangenheit ein vergleichsweise geringer Anteil an der Steigerung der atmosphärischen Treibhausgaskonzentration. Die rasante ökonomische Entwicklung – etwa in China oder Indien – lässt jedoch bereits für die nahe Zukunft einen erheblichen Emissionsanstieg erwarten. Während die Gruppe der Entwicklungsländer im Zuge des Kyoto-Programms noch nicht zu Emissionsminderungen verpflichtet wurde, sehen sie sich von anderen Parteien nun jedoch mit der Forderung nach eigenen Anstrengungen zur Konstanz bzw. Absenkung ihrer Treibhausgasemissionen konfrontiert. Zwar zeigen sich die Entwicklungsländer dem gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt, sie verlangen ihrerseits aber genügend Spielraum um durch Wirtschaftswachstum eigenen Wohlstand zu generieren.

Die Einbindung der Entwicklungsländer wird insbesondere von den entwickelten Industrienationen als Voraussetzung für ein Bekenntnis zu einem neuerlichen völkerrechtlich bindenden Abkommen angesehen. Diese dritte Staatengruppe hat im Zuge der Industrialisierung einerseits ein hohes Wohlstandsniveau erreicht, sich dies aber andererseits durch den übermäßigen Verbrauch fossiler Brennstoffe erkauft und so den größten Anteil zum anthropogenen Klimawandel beigetragen. In Anerkennung ihrer Verantwortung trugen sie auch die Hauptlast am Kyoto-Programm. Da sich mit den Maßnahmen jedoch auch erhebliche Kosten verbinden, sehen sie zum einen ihre ökonomische Vormachtstellung in Gefahr. Zum anderen argumentieren sie, dass einseitige Anstrengungen nicht ausreichen, um das „Zwei-Grad-Ziel“ zu realisieren.

Eine Sonderposition unter den entwickelten Industrienationen nehmen die USA ein, die jegliche Zusagen zu verbindlichen Verträgen ablehnen. Schon das

Kyoto-Protokoll wurde von ihnen, zunächst mit der Unsicherheit über die Ursachen des Klimawandels begründet, nicht ratifiziert. Wirft man aber z.B. mittels der Statistikdatenbanken der Internationalen Energie Agentur oder der Vereinten Nationen einen Blick auf die Verteilung der Emissionen auf die einzelnen Länder, so wird schnell klar, dass sehr wahrscheinlich andere – hauptsächlich ökonomische – Gründe Triebfeder für die Position der Vereinigten Staaten sein dürften.

Tabelle 3: Die sechs größten CO²-Emittenten in 2007

	China	USA	Russland	Indien	Japan	Deutschland
Anteil am gesamten globalen CO ² -Ausstoß	20,8%	19,9%	5,5%	4,6%	4,3%	2,8%
pro Kopf	4,6 t	19,1 t	11,2 t	1,2 t	9,7 t	9,7 t

Quelle: Internationale Energie Agentur

Überhaupt spielen ökonomische Kosten-Nutzen-Analysen eine herausragende Rolle für die Positionierung einzelner Staaten in der internationalen Klimapolitik, etwa im Zuge der Kyoto-Mechanismen: Emissions Trading, Clean Development Mechanism und Joint Implementation. Den Versuch einer umfassenden Analyse der „Economics of Climate Change“ unternahm der ehemalige Weltbankökonom Nicholas Stern. Der nach ihm benannte Stern-Review ermittelte, dass zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration auf etwa 550 ppm CO²-Äquivalenten (zur Verwirklichung des „Zwei-Grad-Zieles“) jährlich etwa ein Prozent des globalen Sozialprodukts aufgewendet werden müsste, dem aber langfristig ein Nutzen von fünf bis zwanzig Prozent gegenüber stünde. So großes Aufsehen der Report erregte, so kontrovers wurde er diskutiert. Um selbst einen Eindruck zu gewinnen, lohnt sich dessen Lektüre auf den Seiten der National Archives des Vereinigten Königreiches.

Mit Hilfe der angeführten Hinweise und Informationen, die das World Wide Web bereitstellt, sollte nun schon eine erste Grundlage für eine Beantwortung der eingangs formulierten Fragestellung gegeben sein. Das Kooperationsproblem der Staaten in der internationalen Klimapolitik kann so auf die diversen Bestrebungen um ökonomische Machtpositionen zurückgeführt werden. Auch sollte man sich bewusst werden, dass es sich bei dem Klima(schutz) um ein Kollektivgut handelt, von dessen Nutzen niemand ausgeschlossen werden kann, sofern es einmal bereitgestellt wurde, selbst wenn man keinen eigenen Beitrag zur Generierung geleistet hat. Schließlich kommt nationalen Interessen- und Lobbygruppen eine herausragende Bedeutung für die Bildung staatlicher Präferenzen in internationalen Verhandlungen zu. Hier bietet das Internet ebenfalls eine große Bandbreite an Analysemöglichkeiten. Ökologisch orientierte (I)NGOs wie Greenpeace, der BUND oder der World Wide Fund for Nature (WWF) bieten auf ihren Homepages zahlreiche Informationen und interaktive Tools an, die ihren dort ebenso zu ermittelnden Standpunkt untermauern sollen. Die Lobbyarbeit von klimaskeptischeren Organisationen kann oftmals nicht so leicht nachvollzogen werden. Eindeutig lässt sich aber beispielsweise die Tätigkeit des American Enterprise Institute (AEI) durch dessen Internetpräsenz bestimmen.

Tabelle 4: Links zur internationalen Klimapolitik und Klimagerechtigkeit

<p>„Klimakonferenzen“: United Nations Framework Convention on Climate Change http://unfccc.int/2860.php</p> <ul style="list-style-type: none">– Klimarahmenkonvention, Kyoto-Protokoll, Bali Aktionsplan– Adaption, Mitigation, Emissionshandel, Clean Development Mechanism, Joint Implementation <p>„Nationale Klimapolitik“: Bundesministerium für Umwelt / Forschung und Entwicklung http://www.bmu.de/klimaschutz/aktuell/aktuell/1675.php http://www.bmbf.de/de/917.php</p> <ul style="list-style-type: none">– Parlamentarische Vorgänge– Maßnahmen und Projekte <p>„Treibhausgasemissionen“: International Energy Agency http://www.iea.org/subjectqueries/keyresult.asp?KEYWORD_ID=4106</p> <ul style="list-style-type: none">– Emissionshandel– Datenbanken <p>„Kosten-Nutzen-Analysen“: Stern-Review http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/+http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm</p> <ul style="list-style-type: none">– Einfluss des Klimawandels auf Ökonomie– Adaption- und Mitigationsstrategien <p>„Interessengruppen“: World Wide Fund for Nature / American Enterprise Institute http://www.wwf.de/themen/klima-energie/ http://www.aei.org/outlook/21974</p> <ul style="list-style-type: none">– Standpunkte– interaktive Tools <p>Alternativen http://unstats.un.org/unsd/ENVIRONMENT/qindicators.htm http://www.dw-world.de/dw/article/0,,1808350,00.html http://www.sueddeutsche.de/wissen/kritik-an-exxon-sie-nennen-es-luftverschmutzung-wir-leben-1.911069 http://www.greenpeace.de/themen/klima/</p>
--

Folgt man der Linkliste zu den erwähnten Aspekten der internationalen Klimapolitik, wird die Komplexität der Verhandlungen zwischen den Staaten deutlich. Auch deshalb ist derzeit noch nicht absehbar, welche (neuen) Konflikte und Lösungen am Ende der diesjährigen Klimakonferenz in Durban aufkommen werden. Klar ist aber, dass der Klimawandel Maßnahmen zur Adaption und Mitigation erfordert. Diese werden nicht ohne Auswirkungen auf Politik, Ökonomie und Gesellschaft bleiben.

4. Der Klimawandel als Gesellschaftswandel?

Die bisherigen Ausführungen haben entlang einer möglichen Route durch das Netz diverse Aspekte rund um den Klimawandel beleuchtet. Welche Implikationen ergeben sich daraus aber für die Gesellschaft? Aus den Sachstandberichten des IPCC konnte beispielsweise ermittelt werden, dass mit dem Klimawandel in Deutschland die Anzahl und Intensität wärmerer/heißerer Tage und Nächte sehr wahrscheinlich zunehmen wird. Daraus ergeben sich unmittelbare Konsequenzen etwa für den Gesundheitszustand der Bevölkerung. So könnte künftig durch den demographischen Wandel unterstützt eine weitaus größere Anzahl betagter Mitbürger an Austrocknungserscheinungen in Sommermonaten leiden.

Nimmt man die Bemühungen der Parteien der internationalen Klimakonferenzen ernst, so ist auch klar, dass das „Zwei-Grad-Ziel“ nur dann erreicht werden kann, wenn die Überführung der Weltwirtschaft in eine globale „Low Carbon Economy“ gelingt, das heißt in eine Ökonomie mit geringem Anteil an fossilen Brennstoffen. Während dies insbesondere den industriellen Sektor vor weitere Herausforderungen stellt, ergibt sich natürlich auch eine Vielzahl an Chancen, die mit dem Begriff der „Green Economy“ verbunden sind.

Schließlich werden auch die sozialen Lebenswelten der Menschen durch den Klimawandel beeinflusst. Dies beginnt beispielsweise mit veränderten Mobilitätsmustern von Arbeitnehmern, die, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten (oder hohen Benzinpreisen aus dem Weg zu gehen), auf die tägliche Fahrt mit dem Auto verzichten. Dies kann sich in neuen (oder doch nur neuerlichen) Lebensstilen äußern oder in temperaturbedingt veränderten Freizeitmustern. Ob daraus im Verlauf des 21. Jahrhunderts auch ein sozialer Wandel der Gesellschaft im eigentlichen Sinn hervorgeht, lässt sich noch nicht beurteilen. Dass das World Wide Web darüber aufklären wird, steht hingegen außer Zweifel.

